

Tübinger Schriften
zum internationalen und europäischen Recht

Band 4

**Bundesrepublik Deutschland
und Deutsche Demokratische Republik**

Grundlagen und ausgewählte Probleme des gegenseitigen
Verhältnisses der beiden deutschen Staaten

Von

Dr. Kay-Michael Wilke



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

KAY-MICHAEL WILKE

Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik

**Tübinger Schriften
zum internationalen und europäischen Recht**

Herausgegeben von **Thomas Oppermann**, Tübingen

Band 4

Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik

Grundlagen und ausgewählte Probleme des gegenseitigen
Verhältnisses der beiden deutschen Staaten

Von

Dr. Kay-Michael Wilke



D U N C K E R & H U M B L O T / B E R L I N

Alle Rechte vorbehalten
© 1976 Duncker & Humblot, Berlin 41
Gedruckt 1976 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany
ISBN 3 428 03584 4

D 21

Für Gertrud

Vorwort

Angesichts der kaum noch zu übersehenden Literatur zur Rechtslage Deutschlands, die kein Problem unbehandelt und unbeantwortet läßt, wird man sich nach Sinn und Aufgabe eines weiteren Werkes zu diesem Rechtsgebiet fragen. Ziel der vorliegenden Arbeit soll es sein, nach Grundlagenvertrag, Grundlagenvertragsurteil und ersten Folgevereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik eine kritische Bilanz zu ziehen. Ferner sollen verschiedene Ansätze für die zukünftige Entwicklung des innerdeutschen Verhältnisses aufgezeigt werden. Dabei wurde versucht, das eigene politische Vorverständnis — soweit man dies überhaupt kann — nicht in die Entscheidungen einfließen zu lassen, um zu möglichst objektiven Ergebnissen zu kommen. Daß dies nicht immer gelungen ist, wird nicht verkannt. Aufgrund des methodischen Ansatzes werden manche der gefundenen Ergebnisse Kritik hervorrufen, eine Kritik, die durchaus beabsichtigt ist. Denn nur durch eine konstruktive Kritik ist es möglich, im Abwägen der verschiedenen Argumente die bestmögliche Lösung für die Zukunft Deutschlands zu finden. Inwieweit diese Lösung dann einer Umsetzung in die politische Realität des innerdeutschen Alltags zugeführt werden kann, ist eine Sache der — nicht immer kontinuierlichen — Politik, die nach anderen Maßstäben entscheiden muß als die Rechtswissenschaft.

Die vorliegende Untersuchung stellt meine überarbeitete Dissertation dar, die dem Fachbereich Rechtswissenschaft der Universität Tübingen im Herbst 1974 vorgelegt wurde. Literatur, Rechtsprechung sowie die weitere Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bis einschließlich Juni 1975 sind eingearbeitet worden.

Nur durch die Unterstützung von mehreren Seiten war es mir möglich, die Arbeit zu vollenden und zu veröffentlichen. An erster Stelle möchte ich hier meinem verehrten Lehrer und Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Thomas Oppermann, danken für seinen Rat und seine Hilfe, und der es mir auch ermöglichte, daß die Dissertation in die Reihe „Tübinger Schriften zum internationalen und europäischen Recht“ aufgenommen wurde. Weiter möchte ich meinen Dank Herrn Dr. Hans Heinrich Mahnke aussprechen, der mir manchen Weg für die Bearbeitung der praktischen Probleme des innerdeutschen Verhältnisses aufzeigte.

Den größten Dank aber schulde ich meiner Ehefrau, die nicht nur die mit der Erstellung der Arbeit verbundenen Belastungen ertrug, sondern mir auch immer wieder aufmunternd zur Seite stand. Bei der Anfertigung des Manuskripts war sie eine unerläßliche Hilfe.

Schließlich möchte ich mich auch noch bei Herrn Ministerialrat a. D. Dr. J. Broermann dafür bedanken, daß er die Dissertation in das Programm seines Verlages aufgenommen hat.

Tübingen, im Juli 1975

Kay-Michael Wilke

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung</i>	21
-------------------------	----

Teil 1

Grundlegende Aspekte der Rechtslage Deutschlands

<i>A. Staatenuntergang und Kontinuität im Völkerrecht</i>	25
I. Einleitung und Begriffsdefinition	25
II. Voraussetzungen des Staatenunterganges	26
1. Einleitung	26
2. Wegfall der Staatsgewalt	26
3. Wegfall des Staatsgebietes	27
III. Untergangsgründe	28
1. Annexion	28
2. Okkupation	28
3. Dismembration	30
4. Sezession	31
5. Debellation	32
6. Der Zeitablauf als zusätzlicher Faktor des Staatenunterganges	33
IV. Voraussetzungen der Kontinuität	35
1. Erhaltung der Staatselemente	35
2. Das Selbstverständnis des Staates als Kriterium der Kontinuität	35
3. Indizien für die Kontinuität	40
V. Die ausländische Staatenpraxis in bezug auf Staatenuntergang und Kontinuität	40
1. Einleitung	40
2. Zarenreich und UdSSR	40
3. Österreich 1918	42
4. Osmanisches Reich und Republik Türkei	43
5. Österreich 1938	44
6. Äthiopien, Tschechoslowakei und Polen	45
7. Estland, Lettland und Litauen	46
8. Zusammenfassung der Staatenpraxis	47
<i>B. Deutschland nach 1918 und 1945</i>	50
I. Einleitung	50
II. Das Deutsche Reich nach 1918	50

III. Deutschland 1945 bis 1969	52
1. Deutschlandtheorien	52
2. Das Bundesverfassungsgericht und die Deutschlandtheorien	53
3. DDR und Deutsches Reich	55
4. Souveränität und Vier-Mächte-Verantwortung	56
a) Einleitende Überlegungen	56
b) Die Souveränität der BRD	58
c) Inhalt und Umfang der Vier-Mächte-Rechte	61
d) Die Souveränität der DDR	64
IV. Grundprobleme der Kontinuität des Deutschen Reiches nach 1945	68
1. Ausgangspositionen	68
2. Untergang durch Annexion oder Debellation	69
3. Untergang durch Dismembration	71
4. Ergebnis	71
5. Die Haltung des Auslandes zur Kontinuität des Deutschen Reiches	72
a) Vorbemerkung	72
b) Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland	72
c) Staatenpraxis	72
(1) Großbritannien	73
(2) USA	73
(3) Frankreich	73
(4) UdSSR	73
(5) Sonstige Staaten	74
d) Die Feindstaatenklauseln in der UN-Charta	74
e) Zusammenfassung	75
V. Die Regierungserklärung 1969 und ihre rechtlichen Auswirkungen	76
VI. Theorien über den Fortbestand des Deutschen Reiches	77
1. Einleitung	77
2. Die Teilordnungslehre	77
a) Inhalt der Theorie	77
b) Kritik an der Theorie	78
c) Lösung praktischer Probleme aufgrund der Teilordnungslehre	85
(1) Feindstaatenklauseln	85
(2) Berlin	86
(a) Zugehörigkeit zu einem der beiden deutschen Staaten	86
(b) Zugehörigkeit zu beiden deutschen Staaten	87
(c) Gesamtstaatsunmittelbares Gebiet	89
(d) Berlin als dritte Teilordnung	89
(e) Territorium sui generis	91
(3) Staatsangehörigkeit in Deutschland	92
(4) Nachfolge in Verträge des Reiches	95

Inhaltsverzeichnis	11
(5) Nachfolge in das Reichsvermögen	96
(6) Schulden, Wiedergutmachung, Reparationen	98
(7) Oder-Neiße-Gebiete	99
3. Die Teilidentitätstheorie	99
a) Inhalt	99
b) Geschichte der Theorie und Kritik	100
4. Die Schrumpfstaatstheorie	101
a) Inhalt	101
b) Kritik an der Theorie	102
c) Lösungsansätze der Schrumpfstaatstheorie	103
5. Die Sezessionstheorie	107
C. Deutsche Ostpolitik 1969 bis 1972	109
I. Einleitung	109
II. Die Verträge von Moskau und Warschau	110
III. Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin	116
1. Die vierseitigen Vereinbarungen	116
2. Die innerdeutschen Verhandlungen zur Ausfüllung des Abkommens	118
IV. Der Verkehrsvertrag	119
V. Resumee der Ostpolitik	121
VI. Der Grundvertrag	121
1. Einleitung	121
2. Die Einzelregelungen des Vertrages	121
3. Vergleich des Grundvertrages mit der 20-Punkte-Erklärung von Kassel und dem Vertragsentwurf der DDR von 1969	129
4. Abschließende Wertung	131
VII. Einzelprobleme zum Grundvertrag	132
1. Rechtliche Qualifikation des Grundvertrages	132
2. Grundvertrag und völkerrechtliche Anerkennung der DDR ..	133
3. Grundvertrag und Kontinuität des Deutschen Reiches	134

Teil 2

Das Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts

A. Die Entscheidungsformel des Bundesverfassungsgerichts	137
I. Relevanz des Tenors	137
II. Bindungswirkung des Tenors	137
III. Gesetzeskraft des Tenors	138
1. Allgemeiner Umfang der Gesetzeskraft	138
2. Spezieller Umfang der Gesetzeskraft im Fall der Grundvertragsentscheidung	139

IV. Probleme der Kopplung von Tenor und Gründen	142
1. Fragestellungen	142
2. Versuch einer Begründung für die Kopplung	143
3. Folgen der Kopplung	145
4. Zulässigkeit und Notwendigkeit der Kopplung	147
5. Zusammenfassung	149
<i>B. Die materielle Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtslage Deutschlands</i>	<i>150</i>
I. Vorbemerkung zum politischen Wert des Verfahrens	150
II. Notwendigkeit des Sachurteils	151
III. Deutschlands Rechtslage	154
1. Die Theorie des Bundesverfassungsgerichts	154
2. Teilidentität in bezug auf Raum und Staatsvolk	156
3. Verantwortung der BRD für ganz Deutschland	157
4. Die Identität der BRD als Staat	159
5. Art. 23 GG, der Gebietsbestand der BRD und Wiedervereinigung	160
6. Die Beweiskraft des Art. 23 GG für den Identität der BRD mit dem Deutschen Reich	163
7. Lösung von Einzelproblemen	165
a) Allgemeine Punkte	165
b) Rechtslage Berlins	166
c) Grenze zwischen BRD und DDR	167
d) Innerdeutsche Beziehungen	168
e) Oder-Neiße-Gebiete	169
f) Staatsangehörigkeit	169
g) Nation	170
h) Vier-Mächte-Verantwortung und Souveränität der beiden Staaten	171
IV. Die politischen Ausführungen des Bundesverfassungsgerichts ..	173
V. Ausführungen zu völkerrechtlichen Problemen des Grundvertrages	174
VI. Die Konsequenzen der Entscheidung für die Außenpolitik der Bundesrepublik in den Jahren 1949 bis 1969	178
VII. Aufnahme des Urteils und Kritik am Urteil	182
VIII. Durchsetzbarkeit des Urteils und der Theorie gegenüber der DDR	183

Teil 3

Ausgewählte Einzelprobleme des heutigen deutsch-deutschen Verhältnisses

A. Die Frage nach der deutschen Nation	187
I. Entwicklungslinien in der Politik	187
II. Volk, Staat und Nation	188

III. Kulturnation und Staatsnation	188
IV. Volk, Staatsvolk und Staat	190
V. Staatsvolk und Nation	191
VI. Das deutsche Staatsvolk seit 1945	192
VII. Die deutsche Nation seit 1945	193
1. Die deutsche Nation aus der Sicht der DDR	193
2. Die Nation in der BRD	195
3. Die gesamtdeutsche Staats- und Kulturnation	195
4. Die deutsche Nation heute	197
VIII. Die Zukunft der deutschen Nation	199
<i>B. Die innerdeutschen Beziehungen</i>	203
I. Einleitung	203
II. Die inter-se-Doktrin im Commonwealth-Recht	203
III. Bestandsaufnahme der innerdeutschen Beziehungen	205
IV. Modell der besonderen innerdeutschen Vertragsbeziehungen ..	207
1. Voraussetzungen	207
2. Rechtliche Grundlage	207
3. Praktische Einordnung	210
4. Modellvariante auf der Basis des Ireland Act 1949	212
5. Anwendung der Gliedstaatbeziehungen gegenüber der DDR	214
V. Aktualisierung der besonderen deutsch-deutschen Beziehungen	216
1. Bereich der BRD	216
2. Gegenüber und in Drittstaaten	216
3. Aufgaben der Bundesregierung aufgrund des Grundvertrags- urteils des Bundesverfassungsgerichts	217
VI. Einwendungen gegen die Gliedstaatbeziehungen	219
1. Einleitung	219
2. Gliedstaatbeziehungen als Aggression	220
3. Gliedstaatbeziehungen als Diskriminierung	224
4. Gliedstaatbeziehungen und das Gebot der Nichteinmischung	225
VII. Zusammenfassung	230
VIII. Exkurs 1: Die Verfassungsrevision in der DDR vom 7. 10. 1974	231
IX. Exkurs 2: Der preußische Kulturbesitz	232
X. Exkurs 3: Vermögensrechtliche Fragen	235
XI. Exkurs 4: Berlin	238
<i>C. Der innerdeutsche Handel nach dem Grundvertragsurteil</i>	243
I. Geschichte des innerdeutschen Handels	243
II. Das Protokoll über den innerdeutschen Handel zum EWG- Vertrag	244
III. Die Bedeutung des innerdeutschen Handels	245

IV. Der innerdeutsche Handel nach dem Grundvertrag	246
V. Der innerdeutsche Handel und seine Einordnung in die Deutschlandtheorien	248
1. Voraussetzungen	248
2. Einordnung	249
VI. Zusammenfassung und Prognose	254
<i>D. Die Ständigen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik</i>	<i>256</i>
I. Einleitung	256
II. Einzelregelungen des Protokolls über die Errichtung Ständiger Vertretungen	257
III. Ergänzungen des Protokolls	261
IV. Wertung des Protokolls	261
V. Entwicklungstendenzen	263
<i>E. Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik in der UNO</i>	<i>264</i>
I. Einleitung	264
II. Mitgliedschaft in der UNO und völkerrechtliche Anerkennung ..	265
III. Mitgliedschaft und gegenseitige Rechtsbeziehungen	267
IV. Mitgliedschaft und Sonderbeziehungen	269
V. Mitgliedschaft und die Rechtslage Deutschlands	269
VI. Zukunft der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten in der UNO und ihrer Sonderorganisationen	272
<i>F. Republikflucht und Fluchthilfe</i>	<i>274</i>
I. Vorbemerkung	274
II. Strafbarkeit der Fluchthilfe in der BRD	275
III. Geltung des Grundrechts aus Art. 11 GG für DDR-Deutsche ...	275
IV. Aufgaben der Bundesregierung aufgrund des Transitabkommens im Hinblick auf die Fluchthilfe über die Transitstraßen	277
1. Grundsätzliche Überlegungen	277
2. Vertragliche Bindungen der BRD im Rahmen multilateraler Verträge	279
3. Vertragliche Bindungen der BRD im Rahmen bilateraler Verträge mit der DDR	281
4. Zusammenfassung	284
V. Völkerrechtliche Haftung der BRD für Fluchthilfe	285
VI. Zusammenfassung	288
<i>G. Rechtshilfe in Strafsachen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik</i>	<i>290</i>
I. Der Fall Ingrid Brückmann	290

	Inhaltsverzeichnis	15
II.	Umfang und Grenzen der Rechtshilfe in Strafsachen	292
1.	Grundsätzliche Überlegungen	292
2.	Die Gerichte der DDR im Rahmen des § 1 RHG	293
III.	Überlegungen für die künftige Rechtshilfe zwischen beiden deutschen Staaten	300
1.	Politische und deutschlandrechtliche Aspekte	300
2.	Novellierung des Rechtshilfegesetzes	301
3.	Grundlinien eines Rechtshilfeabkommens der BRD mit der DDR	302
a)	Voraussetzungen	302
b)	Einzelpunkte	304
IV.	Schlußbemerkung	308
V.	Exkurs: Rechtliche Aspekte eines Rückkehrzwangs für DDR-Bürger	309

Teil 4

Aussichten und Alternativen zur Zukunft der beiden deutschen Staaten

<i>A.</i>	<i>Wiedervereinigung — Aussichten und Konsequenzen</i>	313
I.	Chancen der deutschen Wiedervereinigung	313
II.	Konsequenzen für die Zukunft	315
<i>B.</i>	<i>Deutschlands Rechtslage — Zukunft und Alternative</i>	319
	Literaturverzeichnis	325
	Stichwortverzeichnis	349

Abkürzungsverzeichnis

ABIEG L	= Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (Teil 1 = Rechtsvorschriften)
AdG	= Archiv der Gegenwart
ADN	= Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AHKABl	= Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland
AHKG	= Gesetz der Alliierten Hohen Kommission in Deutschland
AJIL	= American Journal of International Law
AK	= Außenpolitische Korrespondenz
All E.R.	= All England Law Reports
Ann. Dig.	= Annual Digest of Public International Law Cases
AöR	= Archiv des öffentlichen Rechts
AP	= Außenpolitik
APoluZg	= Aus Politik und Zeitgeschichte
ArchVR	= Archiv des Völkerrechts
AWD	= Außenwirtschaftsdienst
BAnz	= Bundesanzeiger
BB	= Betriebsberater
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	= Bundesgesetzblatt
BGH	= Bundesgerichtshof
BGHStE	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZE	= Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK/L	= Berlin Kommandantura/Letter
BK/O	= Berlin Kommandantura/Order
Bl. f. dt. u. int. Pol.	= Blätter für deutsche und internationale Politik
BSozGE	= Entscheidungen des Bundessozialgerichts
<i>Bulletin</i>	= Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung
BVerfG	= Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	= Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	= Bundesverwaltungsgericht
CDU	= Christlich Demokratische Union
CIM	= Convention internationale concernant le transport des marchandises par chemin de fer
CIV	= Convention internationale concernant le transport des voyageurs et de bagages par chemin de fer
CSU	= Christlich Soziale Union

CSSR	= Tschechoslowakei
DAP	= Deutsche Außenpolitik
DArchiv	= Deutschland Archiv
DDRv	= Verfassung der DDR
Deutschlandvertrag	= Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten
DöV	= Die öffentliche Verwaltung
DUD	= Deutschland Union Dienst
DV	= Deutschlandvertrag
DVBl	= Deutsches Verwaltungsblatt
EA	= Europa Archiv
EG	= Europäische Gemeinschaften
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EuGH	= Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuR	= Europa Recht
EVG	= Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	= Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EGWV	= Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	= Frankfurter Allgemeine Zeitung
FRG	= Federal Republic of Germany
GATT	= General Agreement on Tariffs and Trade
GBI	= Gesetzblatt (DDR)
GG	= Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
Görlitzer Vertrag	= Abkommen zwischen der DDR und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze
Grundvertrag	= Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR
GV	= Grundvertrag
GVBl	= Gesetz- und Verordnungsblatt für West-Berlin
GVG	= Gerichtsverfassungsgesetz
HLKO	= Haager Landkriegsordnung
ICLQ	= The International and Comparativ Law Quarterly
IGH	= Internationaler Gerichtshof
IRuD	= Internationales Recht und Diplomatie
JDI	= Journal du Droit International
JfOR	= Jahrbuch für Ostrecht
JIR	= Jahrbuch für Internationales Recht
JöR	= Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart (neue Folge)
JR	= Juristische Rundschau
JuS	= Juristische Schulung
JZ	= Juristenzeitung
KG	= Kammergericht
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KRABl	= Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland
KSZE	= Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

LG	= Landgericht
lit.	= Buchstabe
LSA	= Londoner Schuldenabkommen
MDR	= Monatsschrift für deutsches Recht
Moskauer Vertrag	= Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
MRG	= Militärregierungsgesetz
MV	= Moskauer Vertrag
NATO	= North Atlantic Treaty Organization
ND	= Neues Deutschland
NJ	= Neue Justiz
NJW	= Neue Juristische Wochenschrift
NPD	= Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NZZ	= Neue Zürcher Zeitung
ÖBGBl	= Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich
OLG	= Oberlandesgericht
PolM	= Die Politische Meinung
Pol. Stud.	= Politische Studien
Prager Vertrag	= Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik
PV	= Prager Vertrag
RGBl	= Reichsgesetzblatt
RGStE	= Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGW	= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RHG	= Rechtshilfegesetz
RIAA	= Reports of International Arbitral Awards
ROW	= Recht in Ost und West
Rs	= Rechtssache
RsprGH	= Entscheidungssammlung des Europäischen Gerichtshofs
RuStAG	= Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz
RuP	= Recht und Politik
RzW	= Rechtsprechung zur Wiedergutmachung
SED	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SJIR	= Schweizerisches Jahrbuch für Internationales Recht
SJZ	= Süddeutsche Juristenzeitung
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	= Sozialistische Reichspartei
SSR	= Sozialistische Sowjet Republik
StAG	= Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR
StBG	= Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR
Steno.	= Stenographischer, -e
StGB	= Strafgesetzbuch
StGBI	= österreichisches Staatsgesetzblatt
StPO	= Strafprozeßordnung
StZ	= Stuttgarter Zeitung
SZ	= Süddeutsche Zeitung
TASS	= Telegrafnoje Agentstwo Sowetskogo Sojusa

TB	= Tübinger Brief
Transitabkommen	= Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)
UN, UNO	= United Nations Organization
UN-Doc.	= United Nations Document
Verkehrsvertrag	= Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über Fragen des Verkehrs
Vjhwf	= Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung
VN	= Vereinte Nationen
VO	= Verordnung
VOBl	= Verordnungsblatt
VOBIBZ	= Verordnungsblatt für die britische Zone
Vol.	= Volume
VR	= Volksrepublik
VVDStRL	= Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer
VWD	= Vereinigte Wirtschaftsdienste
Warschauer Vertrag	= Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen
WEU	= Westeuropäische Union
WM	= Wertpapier Mitteilungen
WRV	= Weimarer Reichsverfassung
WÜD	= Wiener Übereinkunft über diplomatische Beziehungen
WV	= Warschauer Vertrag
WVR	= Wörterbuch des Völkerrechts
WVRK	= Wiener Vertragsrechtskonvention
ZaöRV	= Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZfPol	= Zeitschrift für Politik
ZGB	= Zivilgesetzbuch
ZLW	= Zeitschrift für Luftrecht und Weltraumrechtsfragen
ZPO	= Zivilprozeßordnung
ZRP	= Zeitschrift für Rechtspolitik
Zt. f. Z. u. VSt.	= Zeitschrift für Zölle und Verbrauchersteuern

Einleitung

Im Oktober 1944 erschien in der führenden amerikanischen Zeitschrift für Völkerrecht, dem *American Journal of International Law*, ein kurzer Aufsatz von *Kelsen*¹. Er befaßt sich darin mit der von ihm als sicher angenommenen bedingungslosen Kapitulation Deutschlands und deren rechtlichen Folgen. Fast genau 29 Jahre danach verkündet das oberste bundesdeutsche Gericht, das Bundesverfassungsgericht, am 31. 7. 1973 seine Entscheidung zum Grundvertrag zwischen der BRD und der DDR², in der es sich mit der Rechtslage Deutschlands nach 1945 befassen mußte. Kam *Kelsen*³ zu dem Ergebnis, daß das Deutsche Reich untergehen müsse, so stellt das BVerfG fest, daß es weiterexistiere⁴. Beide nehmen mit ihren Aussagen zu dem Vorgang der militärischen Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7. 5. 1945 in Reims und 8. 5. 1945 in Berlin-Karlshorst Stellung. Zwischen dem Aufsatz von *Kelsen* und dem Urteil des BVerfG liegt eine Zeitspanne, in der sich eine nicht mehr zu überblickende Literatur zur Rechtslage Deutschlands entwickelte. Es wurde das zentrale Thema der deutschen, vor allem aber der bundesdeutschen Staats- und Völkerrechtswissenschaften. Eine Übersicht bieten die verschiedenen Teilbibliographien, die seit 1960 erschienen sind⁵.

Weit mehr als nach 1918 wurde die objektive Klärung der Rechtslage Deutschlands durch politische Wunschvorstellungen und Absichten behindert. Allerdings beruhte dies in erster Linie auf der Bipolarisierung der Welt in ein nicht kommunistisches und in ein kommunistisches Lager in der Zeit des sog. kalten Krieges von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre⁶. Während dieser Phase haben beide Seiten in einer unglücklichen Weise Politik und Recht vermischt, um dann unter Zuhilfenahme des jeweiligen Rechts meist unverhohlenen politische Ziele zu verfolgen. Erst die Mitte der sechziger Jahre einsetzende Entspannung zwischen den Repräsentanten beider Lager, USA und UdSSR, ermöglichte auch eine

¹ AJIL Vol. 38, S. 689 ff.

² BVerfGE 36, 1 ff.

³ AJIL Vol. 38, S. 692.

⁴ BVerfGE 36, 1, 16.

⁵ *Rauschnig*, Gesamtverfassung, S. 117 ff.; *ders.*, Bibliographie, S. 62 ff.; *v. Münch*, S. 571 ff.; *Kieler Symposium*, S. 327 ff.; *Gascard*, Bibliographie, S. 34 ff.

⁶ *Noack*, S. 94.

Entkrampfung des deutsch-deutschen Verhältnisses, das unlösbar mit dem politischen Schicksal der jeweiligen Führungsmacht verbunden ist.

In der Entwicklung von einzelnen Theorien zum rechtlichen Schicksal Deutschlands nach 1945 trat ungefähr Ende der fünfziger Jahre eine Beruhigung ein⁷, da alle Möglichkeiten durchgespielt waren. Es begann die zweite Phase der bundesdeutschen Staats- und Deutschlandrechtswissenschaften, die gekennzeichnet ist von der Zusammenfassung⁸ der Meinungen. Die regierungsamtliche These des Fortbestandes des Deutschen Reiches, 1949 begründet⁹, stand außer jedem Zweifel. Außenpolitisch wurde ihr mit dem zweifelhaften Instrument der Hallstein-Doktrin Nachdruck verliehen.

Zeigte schon die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien im Jahre 1968 eine gewisse Kursänderung in der Politik, so brachte die Bundestagswahl 1969 und der damit verbundene politische Richtungswechsel die entscheidende Zäsur¹⁰. Alles, was nun in Politik und Wissenschaft nachfolgte, ist vor dem Hintergrund der Regierungserklärung 1969 zu sehen. Das dort abgegebene Anerkenntnis, daß die DDR ein Staat sei, leitete die deutsche Ostpolitik und die dritte Phase in der deutschlandrechtlichen Literatur ein, deren Merkmale das Überdenken der bisherigen Positionen und die Suche nach einem neuen Selbstverständnis der BRD sind. Die Ostverträge von Moskau, Warschau und Prag sowie das Vier-Mächte-Abkommen und die Vereinbarungen mit der DDR haben eine Unzahl von Aufsätzen, Monographien und Büchern hervorgebracht, deren Kernfrage immer wieder die Frage nach der Rechtslage der beiden deutschen Staaten war. Hinzu kam in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion die Deutsche Frage, gestellt als Frage nach der Deutschen Nation¹¹. Ausgelöst wurde diese Erörterung durch die von der Bundesregierung stark betonte „Einheit der Nation“¹², die als Brücke über den Graben der deutschen Teilung¹³ oder Spaltung¹⁴ eine Annäherung und sogar die Wiedervereinigung ermöglichen soll.

⁷ Die letzte neue Theorie stammt von *Marschall von Bieberstein*, der die Bürgerkriegs- oder Prätendententheorie begründete (*Marschall von Bieberstein*, S. 127 ff.).

⁸ *Schuster* hat mit seinem Buch die umfassende Zusammenfassung vorgelegt.

⁹ Bundeskanzler Adenauer am 21. 10. 1949 vor dem Bundestag (Text nach *v. Münch*, S. 202 ff.).

¹⁰ *Oppermann*, EA 1971, S. 83.

¹¹ *Schweigler*, S. 9.

¹² Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 (*Texte*, Bd. IV, S. 9 ff., S. 12), die von der Wahrung der Einheit der Nation durch Entkrampfung spricht.

¹³ Der westdeutsche Terminus für die Tatsache der zwei Staaten in Deutschland (*Sontheimer / Bleek*, S. 23).

¹⁴ Der ostdeutsche Terminus (*Sontheimer / Bleek*, S. 23).

Knapp vier Jahre bestand sowohl zu dem einen als auch dem anderen Problem eine fast babylonische Verwirrung der Meinungen und Theorien, da auch die Bundesregierung die Entscheidung in der einen oder anderen Richtung nicht fällen wollte oder konnte. Erst das BVerfG löste mit seiner Grundvertragsentscheidung den „gordischen Knoten“ der Rechtslage Deutschlands. Aber mit seiner kategorischen Feststellung, daß das Deutsche Reich von 1867 nicht nur die militärische Kapitulation, sondern auch die Organisation der BRD und der DDR überlebt habe, gab es keine völlig zufriedenstellende Antwort. Denn unklar blieb, auf welche Weise es weiterexistiert. Nicht nur in diesem Punkt wurde der äußere Druck auf das Gericht spürbar, zeigte sich die, nach dem Inkrafttreten des Grundvertrages keineswegs mehr angebrachte, Hast und wurde der damit verbundene, zwangsläufig großflächige Raster der Gründe für den aufmerksamen Leser sichtbar. Die innerdeutschen Beziehungen und der innerdeutsche Handel, die gegenseitige Anerkennung und die Deutsche Frage, all diese Probleme wurden zwar von dem Gericht erörtert, aber die Antworten, die die Gründe des Urteils auf diese und andere Fragen geben sollten und geben, stellen sich im Vergleich zu den teilweise umfangreichen Erörterungen in der wissenschaftlichen Literatur nicht umfassend genug dar.

Statt einer Klärung hat die Entscheidung neue Fragen aufgeworfen, was die seit dem 31. 7. 1973 erschienene Fachliteratur in der BRD und auch der DDR vor Augen führt. Grundproblem blieb weiterhin, was mit dem Deutschen Reich nach 1945 geschah. Von der Beantwortung dieser auch nach Grundvertrag und Grundvertragsurteil aktuellen Frage hängt die Lösung aller weiteren Probleme innerdeutscher Beziehungen ab, die seit den ersten deutsch-deutschen Vereinbarungen um einige neue Varianten wie etwa Fluchthilfe oder Ständige Vertretungen bereichert wurden. Das Völkerrecht und das deutsche Staatsrecht können dabei zwar den maximalen Lösungsrahmen aufzeigen, aber allein die politische Entscheidung und der durch die Integration in das jeweilige ideologische System noch offene Spielraum werden in letzter Konsequenz für die Rechtslage Deutschlands, deren Lösung und die Zukunft von BRD und DDR verantwortlich zeichnen.